

Antrag

der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Frauentag als Anlass für mehr Bewusstsein und konkrete Schritte zur Schließung des Gender Pay Gaps

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, eine umfassende Sensibilisierungskampagne zum Thema Gender Pay Gap durchzuführen. Ziel der Kampagne ist es, die Ursachen und Auswirkungen der bestehenden Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen in der Berliner Bevölkerung bekannter zu machen und Bewusstsein für die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konsequenzen dieser Ungleichheit zu schaffen.

- Kampagneninhalte:
Die Kampagne soll mit anschaulichen Infografiken, Faktenblättern und praxisnahen Fallbeispielen aufklären. Dabei sollen wissenschaftliche Daten und Erkenntnisse zu den Ursachen und Auswirkungen des Gender Pay Gaps verwendet werden. Zudem sollen Maßnahmen und Best-Practice-Beispiele von Unternehmen und Institutionen hervorgehoben werden, die erfolgreich zu mehr Lohngerechtigkeit beigetragen haben.
- Kanalnutzung:
Neben den bestehenden Kommunikationskanälen des Senats, wie Webseiten und Social-Media-Profile, sollen gezielte Werbemaßnahmen, wie Anzeigen in Print- und Onlinemedien sowie Plakate, eingesetzt werden, um eine breite Öffentlichkeit zu erreichen.
- Maßnahmen zum Equal Pay Day:
Der Senat soll Berliner Bezirke, öffentliche Einrichtungen sowie Unternehmen dazu auffordern, sich mit eigenen Aktionen, Diskussionen oder Veranstaltungen am Equal Pay Day zu beteiligen.

Begründung:

Der Gender Pay Gap hat nicht nur negative Folgen für Frauen, sondern auch für die Gesamt-wirtschaft und die soziale Gerechtigkeit.

Der Frauentag bietet eine herausragende Gelegenheit, dieses wichtige Thema in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit zu rücken. Die vorgeschlagenen Maßnahmen nutzen die bereits vorhandenen Haushaltssmittel, um eine größere Wirkung zu erzielen. Durch gezielte Sensibilisierung, Unterstützung lokaler Initiativen und Bildungsmaßnahmen kann das Bewusstsein für den Gender Pay Gap gestärkt und langfristige Veränderungen gefördert werden.

Berlin, den 5. März 2025

Stettner Niemczyk
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU

Saleh Golm
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der SPD